

### Bundespolitische Ebene

- **Die Bundesregierung muss der Verpflichtung nachkommen, das Recht auf Inklusive Bildung zu realisieren** (Art. 24, UN-BRK).
- **Ein einheitlicher Rahmen für das deutsche Schul-/Bildungssystem ist notwendig.**
- **Ein mit den Ländern abgestimmtes bundespolitisches Programm muss aufgelegt werden** zur zügigen (weiteren) Umsetzung von inklusiver Bildung. Dafür müssen entsprechende Ressourcen bereitgestellt und die Implementierung begleitet werden.
- **Der geplante Nationale Bildungsrat muss zügig etabliert werden und sollte sich prioritär mit der Realisierung inklusiver Bildung auseinandersetzen.**
- **Das Kooperationsverbot muss vollständig aufgehoben werden.**
- **Forschung zur Qualität von inklusiver Bildung**, v.a. im schulischen Kontext, sollte stärker gefördert, **Bildungsstandards** eingeführt und ein **datenerstütztes Monitoring** eingerichtet werden.
- **Bundespolitisch muss mit eindrücklichen Öffentlichkeitskampagnen intensiv für die Verwirklichung von inklusiver Bildung geworben werden.**
- **Die Partizipation junger Menschen bei der weiteren Ausgestaltung inklusiver Bildung sollte gewährleistet sein.** Wie geplant, müssen die Kinderrechte zügig ins Grundgesetz aufgenommen werden. Eine Ombudsstelle ist einzurichten.

### Landespolitische Ebene

- **Die Bundesländer sollten gemeinsam Standards für die weitere Umsetzung inklusiver Bildung entwickeln.** Diese können den Rahmen für das o.g. bundespolitische Programm bilden.
- **Die gesetzlichen Regelungen und Vorgehensweisen in den Ländern sind in Übereinstimmung mit den Allgemeinen Bemerkungen Nr. 4 zu Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention zu bringen.**
- **Konzepte für die planvolle Zusammenführung von Förderschulen und allgemeinen Schulen zu einem inklusiven Bildungssystem mit den erforderlichen Ressourcen sind zu erstellen und umzusetzen.**
- **Lehrkräfte müssen durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden.** Insbesondere sollte die Schulsozialarbeit konzeptionell an jeder Schule verankert und strukturell abgesichert werden.
- **Inklusive Bildung muss als verpflichtender Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle pädagogischen Berufe aufgenommen werden.**
- **Regionale Inklusionsnetzwerke müssen gefördert werden.**

## Quellen:

---

- Resolution der Deutschen UNESCO-Kommission am 30. Juni 2017 „Für eine inklusive Bildung in Deutschland“
- Gemeinsame Erklärung/Forderungen zur Entwicklung der inklusiven Schule des Grundschulverbandes e. V. und des Verbands Sonderpädagogik e. V. vom Sep. 2017, wurde an das BMBF, die KMK und an die zuständigen Ministerien in den Bundesländern verschickt.
- Frankfurter Erklärung von sieben Verbänden/Institutionen (u. a. Grundschulverband, Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen, Aktion Humane Schule, Universität Frankfurt), 2016
- Projekt „Schule für alle“ (IN VIA): <http://www.schule-fuer-alle.com/>
- Positionspapier „Wer ist schon normal? Inklusion in der Schule“ der Bundesschülerkonferenz von 2017 und Forderungen der SchülerInnenkammer Hamburg für die Bundesschülerkonferenz 2018 mit dem Thema „Strukturen und Zukunft“ (<http://www.skf.de/aktuell/newsletter-ausgabe-maerz> )
- Internetpetition „Manifest für Bildungsgerechtigkeit“ mit namhaften Unterzeichnern, ab Ende 2017
- Forderung von 30 Organisationen für mehr Geld in der Bildung mit dem Motto: „Gute Bildung für alle Menschen!“, u. a. für den Punkt „Entwicklung eines inklusiven Bildungswesens“ als Pressemitteilung vom 19.10.17
- Forderungen für Campact, aus einer Diskussionsrunde von Fachleuten, 2017: <http://www.schule-fuer-alle.com/ergebnisse-der-diskussionsrunde-zu-campact-e-v/>
- Das Menschenrecht auf Bildung im deutschen Schulsystem, Was zum Abbau von Diskriminierung notwendig ist, Deutsches Institut für Menschenrechte, 2016
- Papier: „Forderungen von sechs Bundesorganisationen der Jugendsozialarbeit an die politisch Verantwortlichen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen“ 2017 (AP: B. Beierling, c/o Paritätischer Gesamtverband)
- Stellungnahme des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit: „Junge Menschen nicht zu Bildungsverlierern machen!“, 2016
- Bildungspolitische Positionen des DCV: „Für ein chancengerechtes und inklusives Bildungssystem“, 2012